

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung.

Wir unterfangt eingehende Manuskripte über- nimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verl.-Redaktion: Arthur Bebbahn in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wölfe in Berlin.

### Der isolierte Freisinn.

Die Blockpolitik des kaiserlichen Reiches ist in Preußen eine Wirtlichkeitsnotwendigkeit geworden. Inwiefern Preußen selbst verfahren als preussischer Ministerpräsident oder als Reichskanzler auftreten, nach bewährten Vorbildern: „Ich kann schreiben rechts, und ich kann schreiben links.“ Er redet rechts, wenn er im preussischen Landtage die freisinnigen Wahlrechtsanträge mit spöttischer Ueberlegenheit ablehnt, und er redet links, wenn er im Reichstage seinen Vorkämpferrollen zu spielen beginnt. Diese Doppelrollen spielen die Freisinnigen seit der Auflösung des Reichstages im Dezember 1906. In Preußen isolierte man sich gegen die Blockpolitik im Reich wie gegen einen Feind.

Wer feindtümliche Reaktionen zugänglich ist, der wird nicht ohne Teilnahme verfolgt haben, wie die freisinnigen Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus mit einer getadelten rührenden Einnahme in der Blockpolitik teilnahmen. Sie konnten sich nicht darüber freuen, daß die Blockpolitik von der anderen Seite mit spöttischer Ironie aufgenommen wurde, aber sie hatten aus. Selbst noch auf dem Fußtritt der Blockpolitik Wahlrechtsklärung haben die Freisinnigen und Radikale etwas Freisinniges heraus, das „begehrte“ werden mußte.

Wie weit diese hingebende Selbstlosigkeit ging, hat man aus der Wahlrechtsdebatte ersehen. Die Herrschaft am 21. Februar dieses Jahres in Halle a. S. zum besten gab. Er wollte einen „Kulturblock“ schaffen, der „von Zedlitz bis zum extremsten Flügel der Freisinnigen“ reicht. Dieser Block war zwar nicht völlig identisch mit dem Block, der die wichtigsten preussischen Konservativen umfaßt, aber der Freisinn im Reich gleichfalls an seine Wählerbrüder denken soll, aber es war doch ein Block, der die Wahlrechtsfreunde mit den Wahlrechtsfeinden brüderlich einte.

Wir haben schon am Montag nachgewiesen, daß die Wahlparole des Herrn Köpfer von einer Seite, aber für einen Politiker gefährlichen Wertfreiheit zeigt. Heute erhalten wir Sanktionen von einer Seite, von der wir es am wenigsten erwartet hätten, nämlich von der „Wefersg.“ Seit Herr Köpfer beim kaiserlichen Reichstag am 17. Februar die Wahlrechtsdebatte eröffnete, hat die Blockpolitik mit Ansehen und Ueberzeugung. Wie einmal die Wahlrechtsklärung des kaiserlichen Reichstages die Freisinnigen in Preußen als Freisinnige an 22. Januar: „In privaten Unterredungen ist mehreren freisinnigen Führern übereinstimmend zugelegt, daß sowohl die Frage des gebildeten Wahlrechts als der Wahlrechts-einteilung heute durchaus noch offen gelassen sei.“ Jetzt scheint sie zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß die „mehreren freisinnigen Führer“ ebenso wie Herr Köpfer von den maßgebenden Stellen einfach zurückgeführt worden sind. Sie erklärt nämlich, daß ein preussischer Staatsminister (der Name wird nicht genannt, man darf ihn aber wohl in der Nähe des kaiserlichen Reichstages suchen) nämlich bei Herr und Jumbli die Konservativen, Freisinnigen und Radikalen, die Freisinnigen als die preussische Regierungsmehrheit begrüßt habe. Der feindtümliche Freisinn

v. Zedlitz, der natürlich gleichfalls von der Partei war, habe sich inzwischen der vorbereitenden Agitation ganz besonders angenommen; er sei aber bei seinen Ueberlegungen an den kaiserlichen Reichstag. Freisinn v. Zedlitz hat der „Wefersg.“ zufolge, die sich auf eine parlamentarische Quelle bezieht, folgendes erzählt:

Die preussische Staatsregierung hat ein überaus behaftetes Interesse daran, zur Einschränkung der freisinnigen Wahlrechtsagitation die Wähler so früh wie möglich zu ziehen. Es muß doch fest sein, daß die gemeinliche Agitation für die Wahlrechtsreform die Freisinnigen und Sozialdemokraten im Wahlkampf ihren Angehörigen zu tun machen. Die Wahlrechtsreform ist heute von den Freisinnigen der Wahlkampf gegen die Konservativen angeblendet wird. Der Freisinn muß aber auf jeden Fall isoliert werden, es ist daher besser, den konservativen Radikalen in seiner Hoffnung auf ein Zusammengehen der Freisinnigen und Nationalliberalen mit den Freisinnigen zu beharren, als durch eine vorzeitige Ermäßigung diese auf die Seite der Sozialdemokraten zu drängen. Freisinnige und Konservativen haben heute schon ein Verständnis erlangt, das man regelmäßig in den Kandidaten genau so wie bei den früheren Wahlen entgegenkommen will. Das Verständnis aber, das sich zwischen den Freisinnigen und Nationalliberalen im Reich bilden wird, ist die wichtigste Voraussetzung der freisinnigen Mandate um die heutigen preussischen Regierungsparteien zu sammeln.

Wir können natürlich für die Mitteilung der „Wefersg.“ keine Garantie übernehmen, vermuten aber, daß Freisinn v. Zedlitz, der immer ein Wählermörder war, wohl bezeugt hat, als er vorantreten kann. Ganz besonders beachtenswert ist, daß Herr v. Zedlitz die Nationalliberalen wirklich an der Stippe ausgesprochen hat, das ist offenbar die Quintessenz dessen, was die preussischen Konservativen aller Schattierungen einschließlich der Minister beim bevorstehenden Wahlkampf als erbreitenswert ansehen. Wenn der Freisinn noch nicht völlig isoliert ist, dann soll er noch isoliert werden.

Bräuen wir die Liberalen im Reich nicht von den Freisinnigen der Nationalliberalen Rattenkäse betreten zu lassen? Wer heute noch auf den Block schwört, der ist von allen guten Geistern verlassen. Ebenso ist der Hinweis auf den Kulturblock durchaus mißverständlich. Die Freisinnigen haben bei den bevorstehenden Wahlen den Feind auf der rechten Seite zu suchen. Sie müssen gegen rechts kämpfen, wenn sie überhaupt etwas erreichen wollen. Wenn es in einem ähnlichen Falle den Ausdruck „Bismarck“ ist, er werde die Nationalliberalen an die Wand drücken, „bis sie quitiert“. Wollen die Freisinnigen auf diesen fatalen Augenblick warten?

Die Aufgabe bei den bevorstehenden Wahlen ist für jeden liberal empfindenden Wähler diesmal vorgezeichnet; er hat dazu mitzubringen, daß für das gleiche, direkte, geheime und allgemeine Wahlrecht in Preußen so früh wie möglich überall, auch in weiteren Wahlkreisen, freisinnige Wähler in Anspruch genommen werden. Nur auf diese Weise ist es möglich, die Scharte wieder auszuheben, die dem Liberalismus durch die Vertrauenslosigkeit einiger Parteimitglieder geschlagen worden ist.

### Die nordische Frage.

Eine Unterredung mit dem dänischen Ministerpräsidenten. (Von unserem Korrespondenten.)

**A. Copenhagen, 12. März.**  
Der dänische Ministerpräsident J. G. Christensen, welcher die Vortrefflichkeit des Kriegs- und Marine Ministers in seiner Hand vereinigt, hatte die Freundlichkeit, mich heute zu empfangen. Ich hatte ihn den Wunsch ausgesprochen, ihn über den dänischen Stellung zur sogenannten nordischen Frage und insbesondere zur Islands-Frage zu befragen.  
Herr J. G. Christensen erklärte bereitwillig, daß es ihm wegen seiner Stellung als verantwortlicher Leiter der dänischen Politik unmöglich sei, sich über diese Fragen zu äußern. Immerhin ließ sich der Minister dahin aus, daß sein eigenes und Dänemarks Interesse nicht dem südlichen Nachbarn, sondern den nördlichen und östlichen Staaten zuzunehmen. Der Sinn der ganzen Islands-Frage müsse und solle ein Geheimnis der Diplomaten bleiben; die Heftigkeiten der Presse seien vielfach irreführend, doch sei die Aufklärung der Angelegenheit, die zuerst im Berliner Tageblatt kundgegeben wurde, eine recht gute gewesen. Es sei anzunehmen, daß das Berliner Tageblatt in dieser Frage wie überhaupt befreit sei, in der Behandlung der nordischen Verhältnisse ein gerechtes Urteil zu fällen.

Herr Christensen teilte mir noch mit, daß er Hoffnungen einer aus dänischen Reichstagsabgeordneten und Islandischen Alltagsmitgliedern zusammengesetzten Kommission setze, die gegenwärtig in Copenhagen tagt und den Zweck verfolgt, das Verhältnis zwischen Dänemark und Island zu regeln. In Island herrscht, wie schon mehrfach ausgeführt wurde, Unzufriedenheit mit dem jetzigen Zustande, und in den letzten Jahren ist der Wunsch immer lebhafter geworden, daß Island aus einer Provinz Dänemarks in einen mit diesem Reich vereinigten selbständigen Staat verwandelt werde. Es bleibt abzuwarten, inwiefern Dänemark bereit sein wird, diesen Wünschen der Islander gerecht zu werden, vor allem, ob die Hauptforderung Islands, daß alle Werke, welche Island betreffen, nicht vom dänischen Ministerium, sondern ausschließlich vom dänischen Reichstag, einem auf Island wohnhaften Beamten, behandelt und dem König vorgelegt werden sollen, erfüllt werden wird. Jedenfalls glaube aber Herr Christensen, da die Verhandlungen jetzt noch geführt werden, sich nicht näher über diese Angelegenheit äußern zu dürfen.

### Die schleichende Kabinettskrise.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**Paris, 12. März.**  
Der Gesandtschaftsminister betreffend die Wiedererrichtung des dänischen Reichstages wird vor dem Senat eine große Rolle zu spielen haben. Gestern wurde über die Angelegenheit berichtet, die sich über seine eventuelle Anwendung im Ministerium ergaben. Jetzt werden diese Fragen heftig besprochen. Die dänischen Senatoren werden ebenso wie Ministerpräsidenten die Wiedererrichtung des Reichstages anerkennen, das der Gesandtschaftsminister ohne genaue Zeugnissen eine Zugewinn habe, die man nicht gutheißen kann, und das das Gesetz in dieser Form sogar dem Senat zugute kommen würde, die schon in der Boulanger-Epoche aus politischen Gründen gemindert worden sind. Clemenceau erklärte, er habe niemals daran gedacht, den dänischen Reichstag zu lassen. Er habe den Entwurf übergeben, nicht vor der Beratung gesehen, und er glaube auch nicht, daß die

### Briefe.

Von Lothar Schmidt. (Manuskript verboten.)

Unser literarischer Gesandter hat ein bemerkenswertes Bedürfnis nach Lesüre von epistolaren Dokumenten der Vergangenheit. Dieses Interesse an Briefen und Korrespondenzen mehr oder minder historischer Persönlichkeiten und selbst geschichtlich unbekannter Leute ist durchaus begründet.  
Es gibt keine herrlicheren Zeugnisse für Menschen, die gewesen sind, als die Briefe, die von ihnen blieben. Der Brief ist nicht den gesprochenen Worten und oft noch in höherem Maße als dieses der individuellste Ausdruck menschlichen Fühlens und Empfindens. Seine künstlerische Darstellung, sein wissenschaftliches Fortleben läßt in ästhetischer Weise die ins Schattenreich der Toten eingegangenen Seelen wieder Fleisch und Blut werden, und als eine neue lebendige Form der Vergangenheit wieder aufleben.

Über die Natur der Briefe, warum wir unter den Trümmern der Historie nach solchen Schätzen vergilbten Papiere graben, ist doch wohl ein anderer als das bloß auf das physiologische und kulturgeschichtliche Erforschen gerichtete Streben. Es will mir scheinen, als sei eine Art romantischer Sehnsucht hier im Spiel, eine Sehnsucht nach Entdeckung einer Frucht aus der tiefsten materielle Gegenwart in eine angeblich oder tatsächlich idealere Vergangenheit.  
Man beachte: ich bin sorgsam bemüht, die Antithese „materielle Gegenwart“ und „ideale Vergangenheit“ vorzüglich zu veranschaulichen. Ich weiß, es ist nichts mistischer, als auf Kosten der Zeit, deren Stand man sich zu einem laudator temporis aetati zu machen. Der Beobachter der Vergangenheit ist eine typische und mächtige Entwicklung soviel bedeuten wie Entzweiung.  
Aber wie es auch sei mit dieser Gegenwart und jener Vergangenheit: der romantische Zug im literarischen Gesellen an historischen Briefe ist unüberwindlich, und er findet ganz abgesehen von aller moralischen Werbung im Briefe den Lebensden seine Erklärung.  
Wir haben keinen Kultus des Briefes mehr.  
Wir haben ihn verloren mit den realen Voraussetzungen, unter denen er einst entzünden und gedeihen konnte.

Als es noch keine schnellen Dampfer gab, keine Eisenbahnen, nur jene modernen Verkehrsmittel, um die Entfernungen zwischen den entlegenen Orten auf zeitlich ebenso viele Stunden zu reduzieren, wie man früher Monate brauchte, da war der einzige Ersatz für die erst durch weite, kostspielige Reisen erreichbare Begegnung mit einem Freund, einem lieben Bekannten und Verwandten der Brief. Und auch der Brief brachte zur Ueberwindung des Raumes so wichtige Zeit, daß von einem Schreiben bis zum Eintreffen ein Menge von Neugierden und Begehnenheiten angehäuft hatte. Die Langsamkeit der Verbindungen sorgte dafür, daß die Korrespondenz niemals aus Mangel an Unterhaltungsstoff im Stoden zu geraten brauchte. Das rein Gegenständliche, der bloße Gesprächs Inhalt, das dem Privatrat eine Bedeutung und Wichtigkeit, die bei der Schnelligkeit der heutigen Posten nicht mehr haben kann. Sodann wird ein großer Teil der Briefe, was räumlich getrennte Korrespondenten sich ebendam zu sagen hatten, unter den modernen Verhältnissen durch die Lesüre der Zeitungen erledigt, die mittels des Telegraphen und des Telephons blühend die Kunde von den wichtigsten Ereignissen in der Welt verbreiten.

Und weil der Dinge, die den Zeitungsleser interessieren, immer mehr werden, und weil die Fülle der Nachrichten in unserer Folge sich drängt und jagt, ist es früher nicht vorhandenem Begriffe entstanden, die Aktualität. Die Aktualität gebiert das Interesse des Augenblicks und tötet es ebenso rasch wieder, um dem Neuesten und Allerneuesten gebührend Platz zu schaffen. Die Aktualität ist der Kern und die Seele der modernen Journalistik und das Zeichen des Anfangs der neuen Zeitungsphilosophie und das Ende des alten Briefes. Jener behagliche, umständliche, ausführliche Brief, der sich in der Regel über die Kultur zu entwickeln, die besonders in den achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderten geblüht hat.  
Das ist nun anders geworden. Unser heftiges, nervöses Leben, der schärfste agitative Kampf um Dasein, in

allen Berufsphasen des ganzen Menschen angelegentlich Tätigkeit erfordert, lassen die „privaten Schreibereien“ als eine Last, eine Qual empfinden. Der Amerikanismus mit seinen brutalen Forderungen drängt alles Kräftig beiseite, was in die heutigen Lebensbedingungen nicht paßt. Unsere Gesellschaft hat auf keinen Fall die Fähigkeit sich ihren Vorteil eine ganz veränderte Gestalt angenommen. Es gibt keine Salons mehr, in denen die Fähigkeit des Plauderens und Zuhörens als ein Zeichen einer Bildung und gebildeten Geschmacks gilt, und es gibt als Ausdruck dieser Jugend auch in der Zeit der gekippten und nach Neugierigkeiten diese gekippten Briefe keinen Platz mehr, der die Nachwelt in Bekanntheit fähig wird, künstlerische Nähe an die Episteln der Gegenwart zu legen.

### Die „Literarische Warte“ am Freitagstag.

**W.** Am Mittwoch hat im Reichstag ein obererständlicher Zentrumskorrespondent über Kunst gesprochen. Es war Dr. phil. Maximilian Pfeffer, Sekretar der königlich bayerischen Bibliothek in Bamberg, Mitglied des Reichstages seit 1907. Sonderbar war schon, daß der nationalliberale Gegenpartei Dr. Paasche ihn an seiner Rede zuerst hindern wollte, und daß nur ein Beschluß zur Geschäftsordnung ihn ermöglichte, sich über Kunst zu äußern.  
Der bayerische Pfeffer erörterte dann ganz eingehend die Bedeutung der Kunst für den Staat und die Kultur durch das Reich im Sinne des kaiserlichen Reichstages für Eilencour und der hamburgischen Reichstag für Gustav Falke. Er meinte, die 75,000 Mark, die noch von der Hofbibliothek verschlungen werden sollen, kamen Malen, Musikern und Schriftstellern mehr zuzufallen. Er verwandte sich für die Wahrung der Kunst durch den Reichstag. In jeder unter manchen Bedingungen nicht entscheidenden Sache. Ich bitte nun aber auch den Reichstag, sich bewußt zu sein, daß die Pflicht hat, für die Kulturinteressen des deutschen Volkes einzutreten. „Doch der Modernismus“ riefen auf der sozialistischen Seite Stadler und Paasche.  
Sie hätten besser getan, dem beliebigen Geiste der „großen Götterwelt“ die Kunst zu entziehen. An sich waren sie im Recht; der Reichstag